

Viel Lärm um Nichts?

Anmerkungen zu den Parlamentswahlen in Singapur

Singapur hat gewählt – und der erneute Sieg der seit mehr als vier Jahrzehnten regierenden PAP ist nicht wirklich überraschend.

Rolf Jordan

Zwar haben die führenden Oppositionsparteien diesmal wesentlich mehr Kandidaten ins Rennen geschickt als bei den letzten Parlamentswahlen, doch mehr als zwei Parlamentssitze konnten sie auch diesmal nicht erringen. Die vorgezogenen Neuwahlen waren vom amtierenden Premierminister Lee Hsien Loong anberaumt worden, um ein eigenes Mandat für sein Amt zu erringen, nachdem er im Sommer 2004 das Amt von seinem Vorgänger Goh Chok Tong übernommen hatte.

Bereits seit einem Jahr hatte es immer wieder Meldungen über bevorstehende Wahlen gegeben, doch eine anhaltend schlechte Wirtschaftslage hat es offensichtlich ratsamer erscheinen lassen, den Termin immer wieder zu verschieben. Seit einigen Monaten nun verzeichnet die Wirtschaft des Stadtstaats wieder deutliche Zuwachsraten, so dass viele Beobachter davon ausgingen, dass Lee Hsien Loong und die People's Action Party (PAP) die Chance ergreifen und zu einem vorgezogenen Wahlgang aufrufen würden. Lange ließ die Regierung offen, wann die seit Monaten erwarteten Wahlen stattfinden sollten. Formal reicht eine Frist von acht Tagen zwischen der Festsetzung des Termins durch die Regierung und dem eigentlichen Wahltermin, und bereits früher hat die regierende PAP in der Regel von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Wahlkampfphase für die Opposition auf ein Minimum zu reduzieren.

Bereits im Februar 2006 hatte die Wahlkommission mit der Registrierung der etwa 2,2 Millionen Wähler für die bevorstehenden Wahlen begonnen. Zugleich gab der amtierende Premierminister in einer Haushaltsrede eine ganze Reihe von Subventionszahlungen bekannt, mit denen in den kommenden Monaten besonders einkommensschwache Familien unterstützt werden sollen. Das Förderpaket im Umfang von umgerechnet 500 Millionen Euro soll jenen ca. 300.000 Menschen im Stadtstaat zu Gute kommen, die über ein monatliches Einkommen von

weniger als 1.000 Singapur-Dollar (umgerechnet etwa 600 Euro) verfügen, und beinhaltet in erster Linie die Finanzierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Beschäftigten, aber auch direkte Zuschüsse zu Niedrigeinkommen für die Schulausbildung von Kindern aus einkommensschwachen Familien.

Die von Lee Hsien Loong bekannt gegebenen Zuschüsse wurden von Beobachtern als ein deutlicher Hinweis darauf gewertet, dass Parlamentswahlen unmittelbar bevorstünden. Mit umfangreichen Wahlgeschenken, so Kritiker, versuche Lee, Sohn des langjährigen Premierministers Lee Kuan Yew und zugleich Finanzminister des Stadtstaates, seine Chancen auf ein gutes Wahlergebnis zu erhöhen. Und das gute Abschneiden der PAP bei den jüngsten Parlamentswahlen gibt den Parteistrategen durchaus recht.

Herausforderung durch die Opposition

Die Oppositionsparteien, die in den letzten Jahren nur geringe Erfolge gegen die seit mehr als vier Jahrzehnten autoritär regierende PAP verbuchen konnten, hatten im Vorfeld angekündigt, zum ersten Mal seit 1988 wieder für mehr als die Hälfte der zu vergebenden Parlamentssitze eigene Kandidaten aufzustellen. Bei den letzten Parlamentswahlen hatte die Opposition die regierende PAP nur in einer kleinen Zahl von Wahlkreisen herausgefordert, so dass der Sieger der Wahlen jeweils schon im Vorfeld feststand. Damit sollte den Wählern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Stimme oppositionellen Kandidaten zu geben, ohne dass der Herrschaftsanspruch der PAP dadurch ernsthaft in Frage gestellt würde. Gleichzeitig war diese Strategie aber auch Ausdruck einer grundsätzlichen Misere oppositioneller Politik in Singapur: dem Mangel an geeigneten Kandidaten, die für eine der Oppositionsparteien zu kandidieren bereit wären.

Für dieses Mal nun hatten die drei wichtigsten Oppositionsparteien – Workers Party, Singapore Democratic Party und Singapore Democratic Alliance – angekündigt, für 57 der insgesamt 82 zu vergebenden

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Südostasien Informationsstelle und Mitarbeiter im Asienhaus.

den Parlamentssitze Kandidaten aufzustellen. Neben ihren bisherigen Schwerpunkten wollten die Oppositionsparteien bei den bevorstehenden Parlamentswahlen auch in einer Reihe weiterer Wahlkreise Kandidaten benennen, um so zum ersten Mal seit Ende der 1980er Jahre wieder die Mehrzahl der Sitze im Parlament herauszufordern. Neben einer Reihe von Einzelwahlkreisen wurden dabei auch wieder Kandidaten in mehreren so genannten Gruppenwahlkreisen aufgestellt. Doch genau hier offenbarte sich zugleich auch die wesentliche Schwäche der Opposition: Würde sie in der Lage sein, genügend aussichtsreiche Kandidaten zu benennen für die große Zahl der anvisierten Parlamentssitze? Dies war von Beginn an eine offene Frage.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Teilnahme an den Parlamentswahlen für die potentiellen Kandidaten und ihre Parteien mit einigen finanziellen Risiken verbunden ist. Denn um an den Wahlen teilzunehmen, müssen die Kandidaten eine Sicherheitsgebühr von derzeit umgerechnet 6.500 Euro hinterlegen, die lediglich bei einem extrem schlechten Abschneiden – mit weniger als zwei Prozent der Stimmen – zurückerstattet wird. Für die Kandidatur in einem der Gruppenwahlkreise entstehen der jeweiligen Oppositionspartei dabei Kosten von bis zu 32.000 Euro, was angesichts der chronisch schlechten Finanzsituation der Opposition eine enorme finanzielle Belastung darstellt.

Schließlich gelang es den Oppositionsparteien aber doch, die PAP in insgesamt neun Einzelwahlkreisen und immerhin sieben GRC herauszufordern. Doch trotz der von vielen Beobachtern prognostizierten Stimmengewinne konnten die Oppositionsparteien auch diesmal nur zwei der 84 Parlamentssitze erringen. Dabei gelang es lediglich der Workers Party (WP) und der Singapore Democratic Alliance (SDA), ihre traditionellen Wahlkreise zu halten. Chiam See Tong von der SDA konnte sein Mandat in Potong Pasir ebenso verteidigen wie der Workers-Party-Vorsitzende Low Thia Khiang im Wahlkreis Hougang. Bei den Politikern gelang es darüber hinaus, ihren Vorsprung gegenüber

den PAP-Kandidaten noch weiter auszubauen. In allen anderen Wahlkreisen konnten die Oppositionsparteien dagegen keine nennenswerten Erfolge verzeichnen. Einzig in dem Gruppenwahlkreis Aljunied konnte die Workers Party mit nahezu 44 Prozent der Stimmen ein Achtungserfolg verbuchen.

Bei der Wahl, die für viele Beobachter vor allem als ein Referendum für den seit Sommer 2001 amtierenden Lee Hsien Loong angesehen wird, hat die PAP zwei Drittel der Stimmen errungen – und damit zwar deutlich weniger als die 75 Prozent, die Amtsvorgänger Goh Chok Tong bei den Parlamentswahlen von 2001 erringen konnte, aber trotzdem mehr, als dieser bei seiner ersten Parlamentswahl nach der Amtsübergabe durch seinen Vorgänger, Lee Kuan Yew, verbuchte.

Drohungen und Repression gegen die Opposition

Vor der Wahl war es zu einer Reihe von Angriffen auf die wichtigsten Oppositionsparteien und ihre führenden Politiker durch die PAP gekommen – so unter anderem gegen die Workers Party und ihr Wahlprogramm, das eine Senkung der Lebenshaltungskosten und die Einführung von Mindestlöhnen vorsieht. Für die PAP stehen solche Forderungen in deutlichem Widerspruch zu den grundlegenden Wirtschaftsprinzipien des Stadtstaates und stellen damit eine ernsthafte Gefährdung des Wohlstandes Singapurs dar, der einzig von der amtierenden Regierung garantiert werden könne.

Dass die Herausforderung durch die Oppositionsparteien von der regierenden PAP durchaus ernst



Protest gegen Regierung auf einer SDP-Wahlveranstaltung Anfang Mai

Quelle: Singapore Democratic Party

genommen wurde, zeigten die Bemühungen führender PAP-Politiker um Stimmengewinne in traditionellen Oppositionswahlkreisen. Dazu schreckte die PAP auch nicht vor offenen Drohungen gegenüber den zurück. Wie schon bei den beiden Parlamentswahlen zuvor hatte Goh Chok Tong, seit seinem Rückzug vom Amt des Premierministers Senior Minister im Kabinett von Lee Hsien Loong, die Bewohner der langjährigen Oppositionswahlkreise Potong Pasir und Hougang auch diesmal darauf hingewiesen, dass ihre Wohnanlagen bei einem erneuten Sieg der Opposition auch weiterhin von den Upgrading-Programmen der Regierung ausgespart bleiben würden.

Upgrading bezeichnet die mit öffentlichen Mitteln durchgeführte Modernisierung der HDB-Wohnungen und die Aufbesserung des Wohnumfeldes. Sie ist ein integraler Bestandteil des umfassenden öffentlichen Wohnungsbaus in Singapur, in dessen Wohnungen heute ca. 90 Prozent der Menschen des Stadtstaates leben. Das Ausbleiben dieser Maßnahmen bedeutet nicht nur eine weitere Verschlechterung der Wohn- und Lebenssituation in den Estates, sondern zugleich auch einen deutlichen Wertverlust für die Bewohner, die zum großen Teil Eigentümer ihrer Wohnungen sind. In letzter Konsequenz, so der ehemalige Premier, drohe gar eine ›Verslumung‹ des Wohnbezirks, für den einzig und allein die Wähler der Oppositionsparteien verantwortlich seien. Auch dies ein treffliches Beispiel für den Missbrauch öffentlicher Mittel zum Zweck der Herrschaftssicherung durch die PAP. Die Menschen in den Oppositionswahlkreisen konnten diese Drohungen aber auch diesmal nicht beeindrucken.

Gleichzeitig setzte die PAP auch diesmal – wie schon in den Jahren zuvor – auf offene Drohungen gegen Wähler und repressive Maßnahmen gegen Oppositionspolitiker. Wurde in den 1980er und 1990er Jahren noch bevorzugt J. B. Jeyaretnam von der Workers Party mit Verleumdungs- und Schadensersatzklagen überzogen, um ihn als Politiker zu diskreditieren und von Wahlen auszuschließen, so ist es seit einigen Jahren vor allem Chee Soon Juan von der Singapore Democratic Party, der diese Rolle einnimmt.

Den jüngsten Höhepunkt in den Auseinandersetzungen zwischen dem Oppositionsführer und der Regierung stellte Anfang April die Weigerung der Behörden dar, Chee Soon Juan zu einer Konferenz in die Türkei reisen zu lassen. Dem Politiker, der angekündigt hatte, auf der Konferenz unter anderem über die Praxis des Stimmenkaufs durch die PAP zu berichten, wurden am Flughafen Singapurs die Reisepapiere abgenommen, nachdem er zuvor in einem Verleumdungsverfahren zur Zahlung von 500.000 Singapur-Dollar verurteilt worden war. Chee hatte bereits im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen kritische Fragen zur Verwendung öffentlicher Gelder durch die PAP-Regierung gestellt.

Unmittelbar vor den Wahlen geriet darüber hinaus James Gomez, Kandidat der Workers Party im Gruppenwahlkreis Aljunied, ins Visier von Regierung und Justiz. Der junge Politiker, der Ende der 1990er Jahre Vorsitzender des in Singapur ansässigen regierungskritischen Think Centre war und danach unter anderem für das in Stockholm beheimatete International Institute for Democracy and Electoral Assistance arbeitete, hatte den Wahlbehörden vorgeworfen, Registrierungsunterlagen für seine Kandidatur nicht ordnungsgemäß bearbeitet zu haben, musste sich aber bereits einen Tag später für seine Vorwürfe entschuldigen, da er offensichtlich selber Teile der erforderlichen Unterlagen nicht weitergereicht hatte. Mitglieder der regierenden PAP bezeichneten ihn darauf hin öffentlich als Lügner und beschuldigten ihn, vorsätzlich dem Ansehen der Wahlbehörden schaden zu wollen. Am Montag nach der Wahl wurde Gomez schließlich am Flughafen Changi von den Behörden aufgehalten und zu einer polizeilichen Anhörung gebracht. Sein Reisepass wurde ihm abgenommen, um zu verhindern, dass er das Land verläßt.

Anders als im Falle von Thailand, Indonesien oder den Philippinen finden die Wahlen in Singapur und die Bedingungen, unter denen sie stattfinden, in den westlichen Medien nur selten Aufmerksamkeit. Zu stark werden die undemokratischen Strukturen im Stadtstaat noch immer überlagert vom Bild der wirtschaftlich prosperierenden Metropole mit ihrem im regionalen Vergleich hohen Wohlstandsniveau, und der Wahlsieg der PAP wird von vielen westlichen Beobachtern einmal mehr als Zeichen politischer Stabilität in dem vor allem als Investitionsstandort geschätzten Stadtstaat gewertet werden. Doch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Einkommensunterschiede und wachsende Armut werfen zukünftig auch hier die Frage nach den sozialen Kosten autoritärer Politik neu auf.

Die Ergebnisse der Parlamentswahl im Überblick

Partei	Gültige Stimmen		Kandidaten in ...wahlkreisen		Wahlkreise ohne Oppositionskandidaten	Gewonnene Parlamentssitze
	abs.	in %	Einzel...	Gruppen...		
PAP	747.861	66,59	7	38	37	82
WP	183.544	16,35	1	0	0	1
SDA	145.602	12,97	1	0	0	1
SDP	45.934	4,09	0	0	0	0
Summe	1.122.761		9	38	37	94